

22.06.2020

Mündliche Anfrage

für die 94. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 24. Mai 2020

Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern

74 Abgeordneter
Sven Wolf SPD

Die privatrechtlich organisierte Deutsche Telekom Healthcare and Security Solutions GmbH (DTHS) bezeichnet sich selbst als „Integrator für moderne IT-Technologien für Behörden mit Sicherheitsaufgaben“ und bietet als ihr „Dienstleistungsportfolio“ „die Beratung, Entwicklung und Einführung innovativer Produkte und IT-Lösungen“ an. Dazu gehört in Nordrhein-Westfalen das polizeiliche Datenverarbeitungsprogramm ViVA.

Unter der Überschrift „Millionen Euro für fehlerhafte Polizei-Software“ berichtet die NRZ am 17.06.2020 u. a., die Polizei in NRW zahle (Zitat) „allein für die Wartung dieser Software in sechs Jahren knapp 28 Millionen Euro“.

Welche Aufgaben übernimmt die Firma DTHS vertragsgemäß im Einzelnen für die Weiterentwicklung und Betreuung von ViVA?

Welche Bindungsdauer und welches Kostenvolumen liegen den Verträgen mit DTHS zugrunde?

Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

75 Abgeordnete
Lisa-Kristin Kapteinat SPD

Im Nachgang zur Besprechung der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin wurde Ministerpräsident Laschet gefragt, was der aktuelle Corona-Ausbruch bei der Fa. Tönnies über die sogenannten Lockerungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise aussage. Darauf antwortete der Ministerpräsident: „Das sagt darüber überhaupt nichts aus, weil Rumänen und Bulgaren da eingereist sind und da der Virus herkommt. Das wird überall passieren.“

Mit dieser Äußerung hat Ministerpräsident Laschet nicht nur für berechtigte Empörung in der Öffentlichkeit, sondern sogar für diplomatische Verstimmungen gesorgt.

Nach Recherchen des Informationsdienstes [t-online.de](https://www.t-online.de) könnte indes die Durchführung eines Gottesdienstes die Ursache für den Corona-Ausbruch gewesen sein. Unabhängig davon, dass die Äußerungen des Ministerpräsidenten vollkommen unangebracht und deplatziert waren, könnten sie darüber hinaus auch noch falsch gewesen sein.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landes

Auf welche Erkenntnisse hat der Ministerpräsident seine Äußerung gestützt?

Über welche Erkenntnisse im Hinblick auf die Entwicklung der Infektionszahlen bei Tönnies hat der Ministerpräsident seit Beginn der Durchführung von Massentests in der Fleischindustrie zu welchem Zeitpunkt verfügt?

Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

76 Abgeordnete
Mehrdad Mostofizadeh
GRÜNE

Hat die Landesregierung bei der Verbreitung des Corona-Virus im Kreis Gütersloh zu lange weggeschaut?

In der Fleischfabrik der Fa. Tönnies im Kreis Gütersloh haben sich mehr als 1300 (Stand: 21.06.) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Corona-Virus infiziert. Laut einer Pressemitteilung des Kreis Gütersloh, werden hier derzeit 19 Menschen wegen einer Covid-19-Erkrankung im Krankenhaus behandelt. Dabei handele es sich „fast ausschließlich“ um Mitarbeiter von Tönnies. Sechs von ihnen würden intensivmedizinisch behandelt, darunter seien fünf bei Tönnies beschäftigt. Zwei der sechs Patienten würden beatmet. Dies deutet darauf hin, dass die Personen seit längeren infiziert gewesen sein müssen.

Derweil zeigten sich die örtlichen Behörden verärgert über das Verhalten des Konzerns. Es wurde berichtet, dass die Behörden Probleme hatten, an die Anschriften der Beschäftigten der Firma heran zu kommen. Erst in der Nacht zum Samstag soll der Kreis Gütersloh und der Arbeitsschutz Zugriff auf die Personalakten der Firma Tönnies gehabt haben. "Das Unternehmen hatte es nicht geschafft, uns alle Adressen zu liefern", sagte Landrat Adenauer. Die Fa. Tönnies rechtfertigte dies mit datenschutzrechtlichen Gründen, weswegen Wohnadressen nicht gespeichert wurden.

Nach Bekanntwerden des Infektionsgeschehen bei der Fa. Westfleisch im Kreis Coesfeld vor wenigen Wochen, hatte das Ministerium für Arbeit und Soziales angewiesen, alle ca. 20.000 Beschäftigten in Schlachtbetrieben in NRW auf das Virus zu testen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen ist es fraglich, wie diese Tests durchgeführt wurden, wenn Wohnorte der Beschäftigten nicht bekannt waren.

Wer hat die Testung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fa. Tönnies im Kreis Güterlohn damals durchgeführt?**Kann die Landesregierung sicherstellen, dass damals alle ca. 7000 Beschäftigten bei Tönnies in Güterlohn getestet worden sind?**